



## «Geldspiel-Haie schaden Kultur, Sport und AHV»

*Befürworter des Geldspielgesetzes verteidigen gemeinnützige Abgaben*

ERICH ASCHWANDEN, BERN

Der Abstimmungskampf zum Geldspielgesetz, über welches das Volk am 10. Juni an der Urne entscheidet, ist bisher überhaupt nicht nach dem Gusto der Befürworter verlaufen. Anfänglich waren es Querelen innerhalb des Ja-Komitees, die für negative Schlagzeilen und das Ausscheiden diverser Parteien sorgten. Dann scherte Ende März auch noch die FDP an ihrer nationalen Delegiertenversammlung aus dem Ja-Lager aus. In den vergangenen Tagen und Wochen erteilten die Kantonalparteien der SVP der Vorlage, die in den beiden Parlamentskammern noch mit satten Mehrheiten verabschiedet worden war, gleich reihenweise eine Absage.

Mit einem neuen Kampagnenleiter an der Spitze, dem versierten Politikberater Mark Balsiger, und einer Pressekonferenz versuchte das Komitee «Gemeinnütziges Geldspielgesetz – Ja», das Steuer am Donnerstag herumzureissen.

Dabei vermittelte Nationalrat Karl Vogler (csp.) die Botschaft, dass beim Geldspielgesetz sehr viel mehr auf dem Spiel stehe als die viel diskutierte Netzsperrung. «Es geht am 10. Juni darum, ob die gemeinnützige Schweiz und damit also Zehntausende von kleineren und grösseren Projekten aus Kultur und Sport wei-

terhin mit vielen hundert Millionen Franken unterstützt werden oder nicht.»

Laut Vogler haben im Jahr 2016 die Lotteriegesellschaften der Kantone, Swisslos und die Loterie Romande zusammen 650 Millionen Franken an die kantonalen Mittelverteilungsfonds sowie über die Sport-Toto-Gesellschaft an die nationalen Sportverbände ausbezahlt. Auch die 276 Millionen Franken, die 2016 aus den Kasino-Erträgen in die AHV/IV flossen, seien bei einem Nein in Gefahr. Mit einem wirksamen Gesetz müsse sichergestellt werden, dass diese Mittel weiterhin fliessen in der Schweiz.

### Spielsüchtige wirksam schützen

Ständerätin Pascale Bruderer (sp.) betonte, das neue Gesetz verstärke den Schutz vor Spielsucht und Geldwäscherei. Die Schweiz erhalte in diesem Bereich eine der strengsten Regulierungen in Europa. «Die wichtigste Schutzmassnahme besteht aus der Umleitung des Zugangs zu illegalen Online-Geldspielen auf eine Stopp-Seite, die darüber Auskunft gibt, dass das aufgerufene Angebot nicht sicher ist», erklärte die Aargauer Ständesvertreterin.

Adrian Amstutz fiel die Rolle zu, den rhetorischen Zwielhänder zu schwingen. Für den Berner SVP-Vertreter ist es eine «unglaubliche Frechheit», dass das Referendum durch ausländische Anbieter finanziert wurde, «die damit in unsere Schweizer Demokratie eingegriffen haben». Die ausländischen Geldspiel-Haie würden nur ein Ziel verfolgen,

nämlich die Zugangssperren so lange wie möglich zu verhindern und damit weiterhin Hunderte von Millionen von Franken aus der Schweiz ins Ausland «abzuzügeln». Laut einer Studie der Universität Bern geht es um einen Betrag von jährlich rund 250 Millionen Franken. Diese Anbieter, die hauptsächlich in Gibraltar und auf Malta sitzen, würden sich laut Amstutz «einen Scheiss drum kümmern, ob ihre Aktivitäten legal sind».

Die Behauptung der Gegner, Netzsperrungen seien nur der Auftakt zu weiteren und gravierenderen Eingriffen ins Internet, ist laut Amstutz «Quatsch». Es wäre «ein Blödsinn», auf Zugangssperren zu verzichten. Darauf angesprochen, dass ein grosser Teil seiner Parteifreunde diesen Blödsinn offenbar glaube, meinte Amstutz: «Wenn man etwas für richtig befunden hat, muss man es tun, auch wenn man allein ist.»

### Zerrissene Freisinnige

Auch bei den Freisinnigen verlaufen die Fronten quer durch die Partei. So sprachen die beiden FDP-Ständeräte Damian Müller (Luzern) und Fabio Abate (Tessin) übereinstimmend von einem falsch verstandenen Liberalismus. Es gehe keineswegs um die Verteidigung der Freiheit, wie dies die Gegner behaupteten, betonte Müller. Das Geldspielgesetz regle die Geldspiele und sonst nichts. «Es geht um Online-Kasinos und nicht um das Sperren von Musik, Filmen oder gar Information», sagte er.